

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich 1,50 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge ober deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Freitag, 23. Juni 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Meiner Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### In letzter Stunde

empfehle auch der Vorstand der deutsch-freimünnigen Partei seinen Parteigenossen, die im ersten Wahlgang für Mundel gestimmt, in der Stichwahl für Herrn Max Brömel einzutreten, wie dies schon seitens der konservativen, katholischen und Antisemitischen geschieht.

In letzter Stunde möchten wir aber auch noch einmal an alle Wähler, denen das Interesse des Vaterlandes am Herzen liegt und welche wünschen, daß Bürgerthum und Bürgerthug kein leerer Hohn bleibe, die Bitte richten, ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimme abzugeben für Herrn Max Brömel.

In letzter Stunde mögen aber auch die Arbeiter bedenken, daß die Versprechungen der sozialistischen Führer auf die Glückstage der Zukunft eben nur Versprechungen ohne Gewähr sind, schöne Redensarten ohne Aussicht auf Erfüllung, denn keiner dieser Führer war bisher in der Lage, ein Bild des zukünftigen Staates zu entwickeln, weil dieser eben ein Umling ist. Arbeiter! laßt Euch daher noch in letzter Stunde rathen, bedenket wohl, daß Euch und Eure Familien leere Versprechungen nicht helfen können, nur unter dem Schutz des Friedens und einer geregelten Regierung kann Euer Wohl blühen und kann rechtliche Arbeit gedeihen. Herr Max Brömel hat versprochen, für die Unternehmungen einzutreten, welche in den nächsten Jahren Tausenden von Stettiner Arbeitern lohnende Arbeit bringen werden. Laßt Euch daher nicht durch die Rhetorik der sozialistischen Heißsporne betören oder einschüchtern, sondern tretet ein für den Mann, dem Euer Wohl ebenso am Herzen liegt, als das Interesse aller Gewerbe, des Handels und das Ansehen Stettins, wählt Max Brömel.

In letzter Stunde möchten wir aber nochmals alle Wähler daran erinnern, daß jede Stimme notwendig sein wird, um den Sieg Brömel zu sichern, sei daher Niemand lässig und mache nicht nur von seinem Wahlrecht selbst Gebrauch, sondern veranlasse auch sämtliche Freunde zur Wahlurne zu treten. Der Wahlakt beginnt Vormittag 10 Uhr und wird Nachmittag 6 Uhr präzis geschlossen, es ist aber dringend nötig, rechtzeitig zur Wahl zu gehen, weil dadurch den Vertrauensmännern die Arbeit wesentlich erleichtert wird. Vermerken wollen wir noch, daß Wahlzettel, welche neben dem Namen des Wahlkandidaten auch den Namen des Wählers tragen, ungültig sind, wie dies im ersten Wahlgang bei vielen für Brömel abgegebenen Stimmen der Fall war.

Also nochmals: Alle Mann zur Wahl! Und wer eintreten will für deutsche nationale Ehre und Kraft, wenn deutscher Bürgerthum und Bürgerthug noch hoch steht, wer einer gesicherten Zukunft entgegengehen will, der wähle

**Max Brömel.**

### Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Bei dem diesjährigen Heeresergänzungs-Gesetz sind, wie die „Post“ berichtet, 21 074 völlig brauchbare Leute zurückgestellt worden, weil sie über den schon nach Vorgabe der neuen Militärverordnung erhöhten Rekrutenbedarf überschüssig waren.

Die „Freimünnige Zeitung“ knüpft hieran die Bemerkung, daß wir nach Annahme der jetzigen Militärverordnung noch die Forderung einer weiteren Heeresvermehrung um etwa 50 000 Mann zu erwarten hätten, um auch diese 21 074 Mann, die nach den neuen Rekrutierungs-Bedingungen völlig brauchbar sind, in zweijähriger Dienstzeit ausbilden zu können.

Die Bemerkung der „Freimünnigen Zeitung“ ist charakteristisch für die ganze Art, in welcher von volksparteilicher Seite die Militärverordnung bisher bekämpft worden ist. Lange Zeit und bis in die letzte Zeit hinein wurde behauptet, daß die Militärverordnung einfach unmöglich sei, weil die verlangte Erhöhung der Rekrutenziffer es mit sich bringe, daß man auch minder Taugliche in das Heer einstelle und dadurch dessen Qualität verschlechtere. Man erzählte sogar von Einwürfen, Enten und Eseln, die als Rekruten eingestellt seien. Jetzt stellt es sich heraus, daß völlig brauchbare Leute nicht bloß in der verlangten Zahl, sondern darüber hinaus vorhanden sind, und nun fügt man daran nicht etwa das Bekenntnis, daß man sich in der früheren Opposition geirrt, sondern die Aufwindung einer erneuten Heeresvermehrung. Es ist aber thörichtlich niemals gesagt worden, daß wirklich der letzte brauchbare Mann auch eingestellt werden müsse. Das geht bei uns schon deswegen nicht an, weil die Zahl der brauchbaren Leute nicht von Jahr zu Jahr dieselbe bleibt und darum eine gewisse Menge vorhanden sein muß. Endlich würde die Einstellung von 21 074 Rekruten mehr bei der zweijährigen Dienstzeit nicht eine Heeresvermehrung von 50 000, sondern von 42 128 Mann bedingen, zuzüglich einer entsprechenden Anzahl von Unteroffizieren und Offizieren. Daß man für 42 128 Soldaten nicht ca. 8000 Offiziere und Unteroffiziere braucht, liegt wohl auf der Hand.

Endlich aber soll gar nicht verschwiegen sein — wir haben im Gegentheil hierauf schon früher ausdrücklich aufmerksam gemacht — daß es eine Aufwindung der Bevölkerung ist, wenn man ihr vorredet, die Entwindung des Heereswesens könne irgend wann einmal stillstehen. Das deutsche Reich hat jetzt etwa fünfzig Millionen Einwohner. Wenn es jetzt fünfzig Millionen Einwohner haben wird, so wird es aller Wahrscheinlichkeit nach eine entsprechend größere Armee im Frieden aufstellen als jetzt.

Wie alles, was von sozialdemokratischer Seite gegen den „Militarismus“ des herrschenden Systems eingewendet wird, ist auch die angeblich friedliche Tendenz der internationalen Proletariatsbewegung eitel Lug und Trug. Der Lug und Trug, der in der proletarischen Volksschicht lebt, spiegelt sich nur zu deutlich in den Arbeiterstreiken wider, welche überall an der Tagesordnung sind, wo die Massen auf sozialdemokratische Heißsporne hören. In Frankreich ist jeder fremdländische Arbeiter den einheimischen so ipso als unwillkommener und überflüssiger Mitbewerber um das tägliche Brod verfaßt, insbesondere der Deutsche ist in Arbeit oder Stellung dabeist so gut wie vogelfrei. In Belgien herrscht seitens der einheimischen Arbeiter die größte Erbitterung gegen die französischen „Genossen“ wegen der zahlreichen Vergewaltigungen, die sich letztere gegeneinander betreiben.

ihren belgischen Kameraden zu Schanden kommen lassen. In England sind verschärfte Maßregeln gegen die Einwanderung festländischer Arbeiter verhängt, ebenfalls auf Andringen der heimischen Arbeiter. In Bern haben erst in allerjüngster Zeit erste Ausbreitungen der schweizerischen Arbeiter gegen ihre inoffensiven italienischen Genossen stattgefunden, welche sogar noch diplomatische Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen beider Staaten nach sich ziehen werden. Und wie sieht es unter diesem Gesichtspunkte bei uns aus? Die Antwort auf diese Frage ertheilt eine in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ enthaltene Notiz, worin konstatiert wird, daß „gerade die Berliner Arbeiter und zwar besonders die „gelernten“ oder sonst besser situierten der polnischen Arbeiter direkt feindlich gegen überstehen.“ daß die erwähnten Berliner Arbeiter „es geradezu als Sport betreiben, solchen „Pollacken“ in der brutalsten Weise entgegenzutreten, dieselben auf die raffiniertste Weise zu chikanieren und ihnen so lange zuzusetzen, bis dieselben aus Verzweiflung entweder die Arbeit aufgeben müssen oder aber — was leicht begreiflich — Gleiches mit Gleichem vergelten und handgreiflich werden, um dann ebenfalls den Kitzeln zu leben.“ Um die Friedensliebe, die Eintracht und die Brüderlichkeit unter dem sozialdemokratischen Proletariat ist es also, wie man sieht, nichtsweniger als glänzend bestellt, im Gegentheil, man darf mit gutem Fug annehmen, daß es am letzten Ende just der vielgeschmähte „Militarismus“ ist, dessen stramm Autorität bedrohlicher und verlässlicher Ausbrüche des Konfurrenzneides von Arbeitern gegen Arbeiter in Schanden hält und dadurch den wahren Interessen der Arbeiter eine Wuthart erzeugt, welche an Werth nicht verliert, weil sie von den sozialdemokratischen Verunglimpfen der Arme und ihrer berechtigten Forderungen konsequent totgeschwiegen wird.

Die fortschrittlichen Blätter stehen jetzt mit einander vielfach in Zwist. So schreibt das „Berl. Tagebl.“:

„Die „Freimünnige Zeitung“ ist plötzlich überaus empfindlich geworden. Nachdem sie Jahre lang diejenige Presse, die nicht sticht ihrer Drohe folgte, auf das unerschütterlichste angerechnet, nachdem sie und speziell während der ganzen Wahlperiode fast tagtäglich zu lateinischen den Wuth hatte, wundert sie sich heute mit einer Naivetät ohne Gleichen, daß es endlich einmal so aus dem Wals zurückfällt, wie sie hineingefahren. Die „Freimünnige Zeitung“ ist es, die seit Jahren den unermüdeten Mentor gespielt hat. Sie hat während der Wahl- und Stichwahlzeit in kleinen wie in großen Dingen stets Zwietracht gesät. Sie hat den großen und den kleinen Mann über diejenigen ausgesprochen, die eine eigene Meinung innerhalb der Partei zu haben wagten. Sie hat die publizistische Unsitte eingeführt, nicht die Zeitungen, sondern die Person zu bekämpfen. Und sie ist es endlich gewesen, die den Ton eines Theils der freimünnigen Presse auf eine Stimmung abgestimmt hat, die für das Ohr jedes einigermaßen ästhetisch Gebildeten ungemein verlegend klang. Und heute, da das ganze latente System, welches sie vertrat, sich als völlig unwirksam erwiesen hat, hat sie die Stürze ihrer Erntestunden darüber auszusprechen, wenn man auch nur den leisesten Versuch macht, ihr Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das von Herrn Eugen Richter begründete Blatt sollte sich doch endlich merken, daß Schreien nichts hilft, sondern daß nur Thatfachen beweisen. Daß diese Thatfachen so sehr zu Ungunsten seines Begründers ausgefallen, ist seine und nicht unsere Schuld. So lange sich die „Freimünnige Zeitung“ nicht bessere journalistische Manieren angendacht, so lange wird ihr in der Tonart gebiet werden, die sie angehängen. Denn schon das alte deutsche Sprichwort sagt: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“

Betreffs der Stichwahl in Siegen haben die Verhandlungen der National Liberalen mit dem Freisinn zu einem guten Ergebnis geführt, indem derselbe die Erklärung abgegeben hat, die Kandidatur Dresler mit allen Kräften unterstützen zu wollen. Es werden sogar, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, die vier Parteireferenten Professor Dr. Stengel-Warburg, Rechtsanwalt Dr. Hoffmann-Frankfurt a. M., Rechtsanwalt Mausen-Dortmund und Friedrich Schupp-Berlin hierher kommen, um von heute an im Wahlkreis für die nationalliberalen Kandidaten zu sprechen. Außerdem werden die nationalliberalen Parlamentarier Böttger und Friedberg im Wahlkreis erscheinen. Der Kandidat selbst, Kommerzienrath Dresler, hat sich entschlossen, seine Kandidatur in Homburg zu unterbrechen und persönlich vor seine Wähler zu treten. Wenn nun auch das Zentrum und die Volkspartei mit ihren 150 Stimmen für Stöcker eintreten werden, so hat doch der endliche Sieg Dreslers durch die genannten Umstände sehr an Wahrscheinlichkeit gewonnen.

Die deutsch-sowjetische Gesellschaft sendet ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1892. Die Pflanzung Derema, auf der 80 000 Kaffeebäume angepflanzt sind, berechtigt nach dem bisherigen Stand der Pflanzungen zu der Erwartung, daß dort, auf den Hochflächen der Berglandschaft Umandara, die richtigen Erzeugungsbedingungen für Kaffee gefunden worden sind. Auch die auf Derema in geringerer Umfange angelegten Pflanzungsversuche mit Thee, Kakao und Kardamom haben bis jetzt zufriedenstellende Resultate ergeben. Auf der jüngeren Pflanzung Aguelo sind bereits 35 000 Kaffeebäume mit gleich guten Aussichten auf Erfolg angepflanzt worden. Der im Sommer v. J. mit der Einführung von chinesischen und japanischen Kulis gemachte Versuch darf in der Hauptsache als gelungen gelten. Die Mehrzahl der Sardanen und Sinesen leistet auf Derema und Aguelo vortreffliche Dienste, die die Eingeborenen haben, seitdem die Gesellschaft nicht mehr ausschließlich auf ihre Dienste angewiesen ist, gelernt, sich dem Zwange der Regelmäßigkeit der Arbeit zu fügen, und ihre Anforderungen ermäßigt. Die Baumwollpflanzung Kikoue entwickelt sich langsam, aber stetig; im laufenden Jahre wurden 50 Morgen mehr bestellt als im Jahre 1892. Zu dem Eisenbahnbau Tanga-Kerogwe sind die technischen Vorarbeiten bis Bombua beendet, der eigentliche Bahnbau soll zu Anfang 1895 für die Strecke von Tanga bis Mufsha fertiggestellt und alsdann für denjenigen von Mufsha bis Kerogwe in Angriff genommen werden. Bei den kaufmännischen Unternehmungen hat die Gesellschaft durch den fortgesetzten Rückgang des Silbers den beträchtlichen Verlust von 122 272 Mk. zu verzeichnen. Die Waaren-Einfuhr nach und die Produkten-Ausfuhr von Ostafrika haben sich im Jahre 1892, soweit man nach den Zolleingängen urtheilen kann, ziemlich auf gleicher Höhe wie in 1891 gehalten, denn die Zolleingänge haben 1892 776 377, 1891 786 722 Rupien betragen. Von den Küstenstationen haben im Berichtsjahre wenigstens zwei, Bagamoyo und Kilwa, einen Nutzen aufzuweisen, während die übrigen Zweighäuser in Dar-es-Salaam, Tanga, Pangani, Kibini, Mbandani und Nossibe wie im Vorjahre mit Verlusten arbeiteten. Insgesamt beträgt der Reingewinn der Gesellschaft 26 560 Mk., ein schließlich eines Vorrates von 117 154 Mk. aus dem Vorjahre, was die Vertheilung einer Dividende von 5 v. H. auf 1873 000 Mk. Vorraththeilen mit 25 v. H. Eingehaltung ermöglicht.

Ueber Maßregeln gegen den Futtermangel schreibt die „Nat.-Ab. Korr.“:

Vor Allem ist es der kleinere Bauer, der seinen Viehbestand schlechterdings nicht mehr durchzuführen weiß. Wer die Folgen dieses Zustandes ausbucht, kann nicht zweifeln, daß unser Bauernstand geradezu in seiner Existenzfähigkeit erschüttert wird, und es ergibt sich daraus die Nothwendigkeit, daß für die Erhaltung dieses so wichtigen Gliedes in unserem Volkstörper seitens der Gesamtheit schleunige Hülfe beschafft werden muß. In verschiedenen deutschen Staaten werden bereits Mittel und Wege, um den Bauernwirtschaft den Bezug wohlfeiler Futtermittel möglichst zu erleichtern, offiziell erwogen; in Preußen hat die Eisenbahnverwaltung mit einer Tarifermäßigung für diese Gegenstände eingegriffen. Durchgreifend wird damit indeß kaum zu helfen sein, wenn nicht auch für die Gewährung von Vorräthen an die Nothleidenden gesorgt wird. Man darf wohl erwarten, daß das preussische Abgeordnetenhaus baldmöglichst nach seinem Wiederzusammentreten in der nächsten Woche sich der Frage annehmen wird. Die Aufgaben, um welche es sich hier handelt, fallen ja zumeist in den Wirkungskreis der Einzelstaaten. Aber auch das Reich kann mitwirken. Besonders dürfte eine zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Mais und Datteln zu erwägen sein. Jedenfalls darf man nirgend zögern, die in Rede stehende Nothlage mit dem ganzen ihr gebührenden Eifer zu behandeln.

Pferdeausfuhrverbot über die Grenze Groningen-Distriktsland interpellirt. Mehrere Abgeordnete tadeln die willkürlichen und oft durchaus nicht motivierten Grenzverordnungen der holländischen Regierungen gegenüber Deutschland und Belgien, so z. B. die seitens Hollands gemachten, für die deutschen Brauereien so drückenden Bestimmungen, die willkürlichen Maßnahmen bei der Düngereinfuhr, das Einfuhrverbot belgischen Viehs, die Gebührenerhebung von den deutschen Schiffen u. s. w., und meinten daraus die Härte der deutschen Verordnungen auf den Grenzverkehr mit Holland erklären zu müssen. Man empfahl der Regierung, den von Seiten Deutschlands ergriffenen Repressalien in Zukunft durch eine möglichst loyale Haltung vorzubeugen. Der Minister des Aeußeren erklärte, darauf Acht geben zu wollen, daß bei der Ausübung der Grenz-Verordnungen die nöthige Milde beobachtet werde. Er beabsichtige, zu versuchen, durch internationale Uebereinkunft bezüglich des Grenzverkehrs zu einem Vergleich zu gelangen. Die Aufhebung des erwähnten Pferdeausfuhrverbots seitens Preussens werde voraussichtlich schon in wenigen Tagen erfolgen.

Belgien.

Brüssel, 21. Juni. Heute Morgen um 11 Uhr hat sich die Kommission der Antwerpener Weltausstellung für das Jahr 1894, welche beauftragt ist, die belgischen Produzenten zur Theilnahme an der Antwerpener Ausstellung aufzufordern, zu einer Plenarversammlung der 60 Abtheilungen der Kommission im Akademiepalast eingedrungen.

Die sehr zahlreiche und bedeutungsvolle Versammlung wurde durch den Minister des Ackerbaus, der Industrie und der öffentlichen Arbeiten präsident. Die Sitzung wurde durch eine lange Rede des präsidierenden Ministers Debruyne eröffnet, derselbe betonte zuerst den zwischen der Antwerpener und Brüsseler Ausstellung eingeübten und nur scheinbar bestehenden Antagonismus; eine schlecht inspirirte Opposition habe eine dieser Ausstellungen durch die andere bekämpfen wollen, während jede der beiden Ausstellungen ganz verschiedene Ziele haben und beide sich gegenseitig ergänzen sollten.

Die Ausstellung von Antwerpen, welche in allererster Reihe kommerzielle und industrielle Interessen habe, werde vor Allem die belgischen Fabrikanten interessieren. Die Ausstellung von Brüssel habe speziell moralische und sozial-interessante im Auge. Der Minister Debruyne wies darauf auf das große Interesse hin, welches Frankreich und Deutschland daran habe, in Belgien wirklich vollkommene Ausstellungen zu sehen. Von diesen Ländern wie von verschiedenen anderen sagte der Minister, habe die Regierung die Versicherung einer offiziellen oder offiziellen Theilnahme. Dank den Schritten der belgischen Vertreter in Chicago sei es sicher, daß ein großer Theil der europäischen gegenwärtig in Chicago ausgestellten Produkte nächstes Jahr in Antwerpen zu sehen.

Ganz besonders reich ausgestattete Abtheilungen werden auf der Antwerpener Ausstellung auf Veranlassung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Bierbrauerei, die Velocipeditation, die Seifenfabrikation und die Fischzucht erhalten. Die Rede des Ministers Debruyne, welcher durch einen warmen Appell an alle Mitglieder der Kommission, sowie an alle Belgier, nach Kräften für die Antwerpener Ausstellung, deren Gelingen für die belgische Nation ein point d'honneur sei, zu agitieren, beschlossen wurde, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Schweiz.

Bern, 20. Juni. Der gestrige blutige Kravall in der Bundesstadt war vorbereitet und zeigte, wie weit auch hier die sozialdemokratische Verheerung schon gediehen ist. Die Einleitung bestand in einem Nachmittags von etwa 60 Mann ausgeführten Angriff auf arbeitende italienische Maurer, von denen mehrere ziemlich schwer verwundet wurden. Dann zog der Haufe, nachdem er ein halbes Dutzend seiner Leute in den Händen der Polizeimannschaft gelassen, nach mehreren andern in der Nähe gelegenen Bauplätzen, verführte sich durch Gleichgültigkeit, verjagte die andern und richtete sodann gegen Abend seinen Marsch nach dem Mittelpunkt der Stadt, wo der Gefängnisturm steht. Hier forderten sie die Herausgabe der Verhafteten, und als dem nicht entsprochen wurde, begann der Angriff gegen die durch Verletzung verschiedener anderer Punkte geschwächte Polizeimannschaft mit einem Hagel von Steinen. Die Polizei würde sich nach Kräften mit gegenseitiger Waffe und nahm noch weitere Verhaftungen vor, als aber gegen 9 Uhr Abends ein Haufen von mindestens 400 Arbeitern mit Trommeln voraus heranzog und sofort ein Bombardement begann, so ließ sich gezwungen, den Platz vor dem Gefängnis aufzugeben und sich in den letzteren einzuschließen. Das war das Signal für den geplanten Massenangriff. Krachend floßen schwere Steine gegen die Thür, alle Scheiben des Gebäudes wurden zertrümmert und als eine kleine Abtheilung Polizeisoldaten herbeieilte, kam es zu einem wilden Handgemenge, an dem sich auch die ausbrechende Wachmannschaft betheiligte. Hier kamen die meisten Verwundungen vor. Die bewaffnete Macht, bestehend aus 60 Mann, hielt sich sehr gut gegenüber der wüthenden Menge, und als nun auch Abtheilungen der Feuerwehr, durch Sturmläuten gerufen, sich einstellten und eine freiwillige Bürgerwehr sich zu bilden begann, da vermochten die Ruhestörer nichts mehr auszurichten, wenn die Steinschleuderei auch fortgesetzt wurde. Kurz nach Mitternacht fand ein letzter verzweifelter Anlauf gegen das Gefängnis statt, dann aber kamen die ersten Truppen von Thun, und nun gingen diese, verstärkt durch Polizei, zum Angriff über. Das letzte dem Kravall ein Ende. Der Rest der Nacht verlief ruhig, wenn auch die unheimlichen Gestalten in kleinen Gruppen sich noch in den Straßen blicken ließen. Um 5 Uhr zog ein Rekrutenbataillon ein, das die wichtigsten Posten besetzte und heute die Arbeitsplätze besetzt. Ob eine Wiederholung stattfindet, muß abgewartet werden; die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat damit gedroht. Aber es wird auf jeden Fall von ihr nichts ausgerichtet werden, denn die Behörden sind jetzt gewarnt. Der Zeitpunkt für diesen ersten Versuch, die „Arbeiterbataillone“ als Feuer zu gewinnen, war nicht schlecht gewählt, da am Sonnabend alle in Bern anwesenden Truppen entlassen worden waren. Wie bereits gemeldet, blieben etwa 70 Missethäter verhaftet. Die Zahl der schweren Verwundungen wird verschieden angegeben, wird aber mindestens 50 betragen.

Niederlande.

Haag, 22. Juni. In der heutigen Kammer-sitzung wurde die Regierung über das preussische

Pferdeausfuhrverbot über die Grenze Groningen-Distriktsland interpellirt. Mehrere Abgeordnete tadeln die willkürlichen und oft durchaus nicht motivierten Grenzverordnungen der holländischen Regierungen gegenüber Deutschland und Belgien, so z. B. die seitens Hollands gemachten, für die deutschen Brauereien so drückenden Bestimmungen, die willkürlichen Maßnahmen bei der Düngereinfuhr, das Einfuhrverbot belgischen Viehs, die Gebührenerhebung von den deutschen Schiffen u. s. w., und meinten daraus die Härte der deutschen Verordnungen auf den Grenzverkehr mit Holland erklären zu müssen. Man empfahl der Regierung, den von Seiten Deutschlands ergriffenen Repressalien in Zukunft durch eine möglichst loyale Haltung vorzubeugen. Der Minister des Aeußeren erklärte, darauf Acht geben zu wollen, daß bei der Ausübung der Grenz-Verordnungen die nöthige Milde beobachtet werde. Er beabsichtige, zu versuchen, durch internationale Uebereinkunft bezüglich des Grenzverkehrs zu einem Vergleich zu gelangen. Die Aufhebung des erwähnten Pferdeausfuhrverbots seitens Preussens werde voraussichtlich schon in wenigen Tagen erfolgen.

Belgien.

Brüssel, 21. Juni. Heute Morgen um 11 Uhr hat sich die Kommission der Antwerpener Weltausstellung für das Jahr 1894, welche beauftragt ist, die belgischen Produzenten zur Theilnahme an der Antwerpener Ausstellung aufzufordern, zu einer Plenarversammlung der 60 Abtheilungen der Kommission im Akademiepalast eingedrungen.

Die sehr zahlreiche und bedeutungsvolle Versammlung wurde durch den Minister des Ackerbaus, der Industrie und der öffentlichen Arbeiten präsident. Die Sitzung wurde durch eine lange Rede des präsidierenden Ministers Debruyne eröffnet, derselbe betonte zuerst den zwischen der Antwerpener und Brüsseler Ausstellung eingeübten und nur scheinbar bestehenden Antagonismus; eine schlecht inspirirte Opposition habe eine dieser Ausstellungen durch die andere bekämpfen wollen, während jede der beiden Ausstellungen ganz verschiedene Ziele haben und beide sich gegenseitig ergänzen sollten.

Die Ausstellung von Antwerpen, welche in allererster Reihe kommerzielle und industrielle Interessen habe, werde vor Allem die belgischen Fabrikanten interessieren. Die Ausstellung von Brüssel habe speziell moralische und sozial-interessante im Auge. Der Minister Debruyne wies darauf auf das große Interesse hin, welches Frankreich und Deutschland daran habe, in Belgien wirklich vollkommene Ausstellungen zu sehen. Von diesen Ländern wie von verschiedenen anderen sagte der Minister, habe die Regierung die Versicherung einer offiziellen oder offiziellen Theilnahme. Dank den Schritten der belgischen Vertreter in Chicago sei es sicher, daß ein großer Theil der europäischen gegenwärtig in Chicago ausgestellten Produkte nächstes Jahr in Antwerpen zu sehen.

Ganz besonders reich ausgestattete Abtheilungen werden auf der Antwerpener Ausstellung auf Veranlassung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Bierbrauerei, die Velocipeditation, die Seifenfabrikation und die Fischzucht erhalten. Die Rede des Ministers Debruyne, welcher durch einen warmen Appell an alle Mitglieder der Kommission, sowie an alle Belgier, nach Kräften für die Antwerpener Ausstellung, deren Gelingen für die belgische Nation ein point d'honneur sei, zu agitieren, beschlossen wurde, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer legte gestern die Regierung das französisch-russische Handelsabereinkommen vor. Nach demselben wird Russland der Minimalzoll für Petroleum zugestanden; der Zoll wird damit für rohes Petroleum auf 9 Franks, für raffiniertes auf 12,50 Franks festgesetzt. Russland gesteht dagegen Frankreich seinen Minimalzoll mit Verabreichungen für 51 französische Produkte zu; unter letzteren befinden sich Gewebe von gekämmter Wolle, für die der Zoll um 20 Prozent, gewisse Tricotagen und Strumpfwaren, für welche der Zoll ebenfalls um 20 Prozent herabgesetzt wird, und Weine in Flaschen, für welche der Zoll um 15 Prozent herabgesetzt wird.

Die gestrige Sitzung war überaus zahlreich besucht, schon der Beginn derselben brachte eine lebhafteste Bewegung. Millevoe richtete die bereits angekündigte Anfrage über den Stand der Unterhandlungen zwischen Frankreich und England bezüglich der Anlieferung des Cornelius Herz an die Regierung. Der Ministerpräsident Dupuy erklärte, die Regierung beschäfigte sich noch fortwährend mit der Anlieferung von Herz. Letzterer sei aber augenblicklich nicht rettbar. Millevoe erwiderte, England bediene sich der im Besitz von Herz befindlichen Geheimnisse, aber es sei eine noch schwerer wiegende Angelegenheit ins Auge zu fassen. Es gäbe einen Deputirten, welcher die Preisgebung von Korrika verlangt und dazu beigetragen habe, daß Frankreich auf seine Rechte in Egypten verzichte. Millevoe wurde hier von dem Präsidenten unterbrochen und wandte darauf seine Anfrage in eine Interpellation um; der Präsident lehnte es indessen ab, diese Interpellation wegen der Fassung derselben zur Verlesung zu bringen. Bourguery de Boissier wünscht über die Angelegenheit Herz und Arton zu interpelliren, sowie über die auf der englischen Botschaft gestohlenen Papiere. Der Ministerpräsident Dupuy erwiderte, die Regierung habe alles Mögliche gethan, die Festnahme von Cornelius Herz zu erwirken, und werde es weiter thun, um die Anlieferung herbeizuführen. Was die angeblich gestohlenen Dokumente angehe, so habe sich hiermit nur die Gerichtsbehörde zu befassen, die Untersuchung in dieser Angelegenheit sei eingeleitet. (Beifälliger Beifall.)

Nach Millevoe nahm Clemenceau das Wort und verlangte von Millevoe und Deroulede Beweise für ihre Behauptungen, daß er Frankreich für Geld verrathen habe. Er forderte sie auf, Beweisskizzen beizubringen. Millevoe erklärte, ein von den Mauritsius-Inseln gebürtiges Individuum habe in der englischen Botschaft täglich Briefe abgeschrieben (Kam, Zischgeräusche). Millevoe verließ eine Stelle aus einem Herz betreffenden Schreiben. Der Präsident der Kammer und der Minister Develle legen gegen die Verlesung Verwahrung ein. Ein Mitglied der Kammer verlangte, daß die Kammer sich als geheime Kom-

mission erkläre. Millevoe seht die Verlesung der Briefe fort, verbreitet sich über die Debruyne-Affäre, über eine Korrespondenz Ribot's, über Verhandlungen bezüglich einer Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, über die Lage Belgiens und ruft durch seine Ausführungen lebhafteste Bewegung und Hebelgelder hervor. Mehrere Redner weisen auf die Unwahrscheinlichkeit hin, daß die von Millevoe vorgebrachten Schriftstücke echt seien. Develle erklärt, er glaube, daß Millevoe das Opfer einer verabschiedungsunwürdigen Mystifikation sei. Deroulede erhebt sich und erklärt, daß er sein Mandat niederlege. Millevoe verliest das Weiteren ein Altkleid, welches das Siegel der englischen Botschaft trage. In demselben werden verschiedene Beträge aufgeführt, welche an bestimmte politische Persönlichkeiten, darunter Burdeau, Clemenceau und Rochefort ausgezahlt sein sollen und zwischen 500 und 20 000 Pfund Sterling schwanken. Diese Mittheilungen werden mit Lachen, Hohn und Protestrufen der ganzen Kammer aufgenommen. Burdeau protestirt energisch; verlangt Beweise (Beifall). Millevoe überzieht dem Präsidenten ein Altkleid und behauptet, daß dasselbe Schriftstücke eines Beamten der englischen Botschaft enthalte, welcher vor Gericht weitere Mittheilungen machen werde. Manja bringt sodann eine Tagesordnung ein, in welcher die von der Rekruturibline herab vorgebrachten Beschuldigungen als gehässige und lächerliche Verleumdungen gebrandmarkt werden und dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Kammer einstimmig die auf der Rekruturibline verlesenen Schriftstücke verurtheile. Millevoe legt gegen die Tagesordnung Verwahrung ein und erklärt, daß er sein Mandat niederlege, um vor Gericht frei erscheinen zu können. Mehrere Boulangisten, darunter Castelin und Barres trennen sich ostentativ von ihren Parteigenossen und fordern, daß dieselben ihre Mandate niederlegen. Burdeau und Clemenceau bekräftigen die Tagesordnung Manja, welche darauf unter lebhaftem Beifall der ganzen Kammer mit 382 gegen vier Stimmen angenommen wurde. Derauf brachte Dubost den Generalbericht über das Budget ein. Die Sitzung wurde alsdann aufgehoben.

Ganz Ahlwardt!

Paris, 22. Juni. Heute Nachmittag fand in den Geschäftsräumen des „Journal“ „Gacete“ eine Hausung statt. Das Blatt hält an der Authentizität der in seinem Besitze befindlichen Papiere fest.

Italien.

Rom, 22. Juni. Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung das Budget des Ackerbau-ministeriums genehmigt.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Juni. Der König und der Kronprinz begeben sich am Dienstag Nachmittag, die Königin am Mittwoch Nachmittag nach Esbjerg, von wo aus sodann bei günstigem Wetter am Donnerstag, den 29. d., Morgens die Abreise nach England erfolgt.

Großbritannien und Irland.

Bekanntlich weigerte sich das Unterhaus, eine Sitzung an dem Tage, an dem das Derby-Pferderennen stattfand, zu vertragen. Dieser Umstand giebt dem in Boston erscheinenden „Herald“ zur folgenden Betrachtung Veranlassung: „Die Weigerung des Hauses der Gemeinen, am Derby-Tage eine Sitzung auszusagen, giebt viel über die veränderten Bedingungen des englischen Lebens zu denken. Wäre in vergangenen Zeiten einem englischen Gentleman die Gelegenheit entzogen worden, beim nationalen Sport in Epsum anwesend zu sein, so würde das einer Verleugnung des englischen Geistes gleich gehalten worden sein. Es ist ersticklich, daß England ernst genommen ist. Seine Suprematie ist im Wanken begriffen. Seine Mächte werden durch die Konkurrenz durchdrungen. Selbst seine heimischen Industrien werden durch fremde Mitbewerber an die Wand gedrückt. Das Geld ist knapp, die Armuth drückt mehr und mehr und das Volk befindet sich in einer nachdenkenden und nicht in einer heiteren Stimmung.“

London, 22. Juni. Unterhaus. Gladstone erklärte, daß die kürzlich in der Bilanzierung des irischen Staatshaushalts vorgenommenen Veränderungen keine großen Veränderungen des finanziellen Paragraphe der Home-Office-Bill veranlassen haben würden, aber die Situation der Bill habe die Regierung zu der Erwägung veranlaßt, wie die Finanzvorlage vermindert und vereinfacht werden könne. Die finanziellen Paragraphe seien demgemäß folgendermaßen umgeändert worden. Erstens sei beabsichtigt, einen Zeitraum von sechs Jahren für die finanziellen Arrangements festzusetzen; während dieser sechs Jahre werde der Plan wesentlich von dem ursprünglichen verschieden sein. Nämlich während dieser Zeit solle die irische Legislatur keine Vermögensgegenstände, die in dem jetzigen Steuersystem begriffen seien, Steuern festzusetzen, zu verwalten oder zu erheben. Zweitens werde Irland die Befugnis gegeben, neue Steuern für sich selbst einzuführen. Drittens habe Irland zur Reichs-kasse ein Drittel seiner festgestellten Einkünfte beizutragen und außerdem den Ertrag einer Steuer, die ausdrücklich für Kriegs- oder besondere Vertheilungszwecke von dem Reichsparlament aufgelegt werden dürfte. Nach Ablauf der sechs Jahre würde das Finanzarrangement revidirt werden und Irland würde mit Ausnahme der Zölle, Akzise und Postgelder seine eigenen Steuern erheben und verwalten. John Redmond erklärte, er werde die Absicht, Irland während sechs Jahre die Befugnis der Erhebung, Verwaltung oder Kontrolle der Steuern zu entziehen, als ungerecht und demüthigend für Irland bekämpfen. (Beifall seitens der Parmentisten.)

London, 22. Juni. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Parlaments-sekretär des Aeußeren, O'Rey, daß in Betreff der Missionen in Uganda keine Unterhandlungen mit dem Vatikan stattgefunden hätten. Die Frage, ob irgend welchen Missionen in Uganda ein Vorrrecht einzuräumen sei, sei von der Regierung gar nicht erwogen worden. Bezüglich des Urtheils des türkischen Gerichtes in Angora gegen die des Hochverrats angeklagten Armenier erklärte O'Rey, daß die Urtheilssprüche vor den Kassationshof kommen müßten, eine Vollstreckung derselben liege vor der Hand außer Frage.

Serbien.

Belgrad, 22. Juni. Dem „Objekt“ zufolge



